

Aus der Region

Kanton St. Gallen zieht Konsequenzen aus der Trockenheit

ST. GALLEN In der Antwort auf einen Vorstoss informierte die St. Galler Regierung über Massnahmen, die sich nach dem vergangenen Hitzesommer aufdrängen: Es geht darin um die Wasserversorgung, die Pflege von Mischwäldern sowie um die Reaktion auf drohende Waldbrände. Die volkswirtschaftlichen Schäden der Trockenheit von 2018 liessen sich ohne eine vertiefte Studie nicht abschätzen, schreibt die St. Galler Regierung in ihrer Antwort auf einen Vorstoss von Kantonsrat Meinrad Gschwend (Grüne) zu den Folgen des Hitzesommers. Sie zählt die Massnahmen auf, die ergriffen werden mussten. Dazu gehörten Feuer- und Wasserentnahmeverbote. Die Armee transportierte mit zwölf Helikopterflügen Wasser auf Alpen im Raum Schänis/Amden. Diese Einsätze hätten keine Kosten verursacht. Weiter gab es Versuche, Fische aus versiegenden oder zu warmen Gewässern umzusiedeln. «Das Problem der Trockenheit war aber so gross, dass diese Massnahmen nur bei einigen der kritisch betroffenen Bäche umgesetzt werden konnten», heisst es in der Stellungnahme. Nun soll ein Notfallkonzept «Trockenheit Fischerei» erarbeitet werden. Als Folge des ungewöhnlichen Wetters im Sommer und Herbst seien die Beratungen zu den Themen Bewässerungen und Wasserentnahmen ausgebaut worden. Zahlreiche Wasserversorgungen hätten die Ergiebigkeit ihrer Quellen und Grundwassererfassungen während der Trockenheit gemessen. Damit lägen nun bessere Daten vor. Wegen des Klimawandels sei man für eine nachhaltige Nutzung des Wassers besorgt. Konkrete Änderungen gibt es bei den Bewilligungen und Konzessionen für Wasserentnahmen. Diese würden wo möglich von kleinen Bächen in das weniger kritische Grundwasser verlegt. Zu den Massnahmen mit eher langfristiger Wirkung gehört die Beratung von Waldbesitzern. Darin geht es um Mischwälder und um das Pflanzen von Bäumen, die für die Trockenheit besser gewappnet sind. Es wurde aber auch Potenzial für Verbesserungen entdeckt: So hätten sich die bisherigen Abläufe bei der Gefahr von Wald- und Flurbränden als zu wenig effizient erwiesen, stellt die Regierung fest. Neu übernehme der kantonale Führungsstab in Zusammenarbeit mit den Gemeinden den Lead. (sda)

«Altlasten» zwischen Spital und Ärzten müssten beseitigt werden

Debatte Der von der Regierung vorgeschlagene LLS-Neubau rückte gestern beim DPL-Bürgerforum fast in den Hintergrund. Vielmehr stand das Verhältnis zwischen den zuweisenden Ärzten und dem Landesspital im Vordergrund der Diskussion.

VON DANIELA FRITZ

Es war weniger die Notwendigkeit eines Neubaus des Liechtensteinischen Landesspitals (LLS), die gestern die Podiumsdiskussion im Guido-Feger-Saal dominierte. Diesbezüglich zeigten sich die Redner des von DPL organisierten Bürgerforums zur «Regierungsvorlage Spitalneubau» weitgehend einig. Um aber entsprechende Fallzahlen zu erreichen, müsste das Verhältnis mit den zuweisenden Ärzten verbessert werden. Diese Meinung vertrat etwa Hansjörg Marxer. Er stellte in seinem Kurzreferat zunächst klar, nicht als ehemaliger Verwaltungsratspräsident der Medicnova-Privatklinik an der gestrigen Podiumsdiskussion teilzunehmen. Vielmehr habe er sich als Präsident der Bürgerinitiative «Pro Landesspital» 2011 für den Neubau des Spitals eingesetzt und sei in dieser Rolle vor Ort. Seine Meinung damals wie heute: Das bestehende Spitalsgebäude ist baufällig. Allerdings habe das Spital damals schwarze Zahlen geschrieben sowie erfahrene Belegärzte und eine gute Kooperation mit den Zuweisern gehabt. 2019 würden die Belegärzte fehlen und ans Landesspital würden zu wenige Patienten überwiesen, was zu geringer Auslastung führe. Hier gebe es noch einige «Altlasten» zu beseitigen. Marxer forderte diesbezüglich eine Änderung in der strategischen Führung des LLS. Erst dann sollte man über ein neues Landesspital nachdenken. In die gleiche Kerbe schlug auch Marco Ospelt, der in Triesen eine Praxis für traditionelle chinesische Medizin betreibt. Er störte sich am «Ärzte-Bashing». «Bevor man über einen Neubau oder Investitionen nachdenkt, muss das unproduktive Hickhack aufhören», forderte er. Das Landesspital könne nur funktionieren, wenn alle einen Beitrag leisten. Man müsse gemeinsam an der Qualität arbeiten.

Copeland will Brücken bauen

Damit dürfte er bei Spitalsdirektorin Sandra Copeland offene Türen einrennen. Sie präsentierte am Ende ih-



Hansjörg Marxer, Thomas Hasler, Thomas Rehak, Sandra Copeland und Marco Ospelt (von links) diskutierten gestern im vollen Guido-Feger-Saal über die Spitalsfrage. (Foto: Michael Zanghellini)

res Referats eine persönliche Wunschliste, die ganz im Sinne ihrer Mitredner gewesen sein dürfte: Sie rief dazu auf, die Zukunft gemeinsam zu gestalten und Brücken zueinander aufzubauen. «Was kann das LLS dazu beitragen, Brücken zu bauen?», fragte der als Moderator fungierende DPL-er Thomas Rehak in Copelands Richtung. «Es ist möglich, die Fallzahlen zu erreichen – wenn die Zusammenarbeit funktioniert», meinte die Spitalsdirektorin. Copeland zeigte auf, dass sie bezüglich Fallzahlen optimistisch ist. So habe man im Januar 158 stationäre und 1016 ambulante Fälle behandelt, womit das LLS leicht über dem Budget liege. Es gebe bereits viele Hausärzte, die dem Landesspital Patienten zuweisen würden. Aber auch unter den Ärzten gebe es unterschiedliche Positionen. «Unsere Aufgabe ist es, Klinken zu putzen und mit Qualität zu punkten», erklärte sie. Man müsse das Vertrauen wieder aufbauen. Hansjörg Marxer dagegen glaubt nicht, dass die Ärzte ihre Zuweisungspraxis überdenken würden. Der ehemalige Zahnarzt selbst habe seine Patienten nur an jene Kollegen verwiesen, deren Qualität er kannte.

Potenzial für neue Zuweiser ans LLS sah er höchstens bei neuen Ärzten. Die Gesundheitspolitik mache es aber schwer, neue Ärzte ins Land zu holen. Dem widersprach Thomas Hasler, Geschäftsführer des Krankenkassenverbands und gemeinsam mit der Ärztekammer dafür zuständig, die offenen Stellen zu besetzen. Bisher liessen sich immer wieder neue Ärzte finden – darunter auch Liechtensteiner. Copeland sieht das Zuweisungsnetzwerk dagegen nicht als so starres Gebilde wie Marxer. «Das wäre stures Festhalten an Strukturen», meinte sie. Aber die Qualität und das Angebot am Landesspital hätten sich verbessert und es gebe keinen Grund, die Patienten nicht dorthin zu überweisen. Dazu brauche es aber auch den Willen der Ärzte.

Kooperation mit Grabs?

Marxer forderte auch, das Spital Grabs in die Überlegungen zu einem Spitalsneubau einzubeziehen. Er glaubt, dass man eine gute Lösung finden könnte. Auch Thomas Hasler fand, dass es eine Lösung braucht. Grabs sei immerhin jenes Spital, in das die meisten Liechtensteiner gehen würden. Man sei daher darauf

angewiesen, dass diese dort auch aufgenommen werden. Marco Ospelt wiederum zeigt sich mit der gefundenen Lösung – einer Zusammenarbeit mit dem Zentrums-spital in Chur – zufrieden. In Grabs sei eine Zusammenarbeit auf Augenhöhe dagegen nicht möglich, dort «schaut man zuerst auf sich». Spitalsdirektorin Copeland versicherte, dass es zwar eine Konkurrenzsituation sei, aber man mit Grabs einen engen Austausch und durchaus Zusammenarbeit pflege. Würde sich das Landesspital Fachgebiete mit Grabs aufteilen, brauche es jedoch eine gemeinsame Trägerschaft – «sonst sind Konflikte vorprogrammiert». Copeland erinnert jedoch daran, dass Grabs nicht eigenständig ist, sondern in die Spitalregion Rheintal-Werdenberg-Sarganserland eingebunden ist. Ausserdem wisse man noch nicht, wie sich die Spitalsschliessungen in der Schweiz auswirken werden. Eine Lösung im Interesse des Landes sei derzeit nicht möglich. Abgesehen davon würde dies ein Verlust für die Volkswirtschaft ebenso wie die medizinische Versorgung und Tarifsicherheit bedeuten. Copeland rechnet zudem nicht damit, dass sich dadurch Einsparungen machen liessen.

Es brauche eine Entscheidung

Die Frage, ob es einen Neubau braucht, geriet gestern fast zu einem Nebenschauplatz. Einig waren sich Copeland und Marxer darin, dass es jetzt eine Entscheidung braucht und eine Sanierung am bestehenden Standort wohl die schlechteste Variante sei. Dass es aber auf Neubau oder Schliessung des Spitals hinauslaufe, verneinte Copeland. Man könne die Qualität auch weiterhin bieten, selbst wenn es zu keiner Entscheidung komme. Vielmehr gehe es nun darum, was die beste Variante aus Kostensicht ist und welchen finanziellen Einsatz die Politik leisten will. Das wird sich in einem ersten Schritt Ende Februar zeigen, wenn der Landtag über den Bericht der Regierung berät. Einige Abgeordnete jedenfalls holten sich gestern in Triesen schon einmal ein Stimmungsbild ab.

Mit neuem Areal und Beitrag aus Spitalbaufonds spricht viel für Vaduz

LLS In der Spitalfrage liegen die Karten mit dem konkreten Vaduzer Arealvorschlag zur «grünen Wiese» und Beitrag aus dem Spitalbaufonds auf dem Tisch. Vaduz hält dabei einige Trümpfe in der Hand.

Die Inhaber des ehemaligen Medicnova-Gebäudes und Befürworter eines Landesspitals im Unterland haben einen schweren Stand. In der Nutzwertanalyse der Regierung landete die Variante Bendorf nur auf dem dritten Rang. Nun prescht auch noch Vaduz vor. Bereits mehrfach hat sich der Gemeinderat in den vergangenen Jahren explizit und einstimmig für einen Verbleib bzw. einen Neu- oder Umbau des Landesspitals in Vaduz ausgesprochen. «Als Standortgemeinde wurde stets grosse Bereitschaft signalisiert, hierfür entsprechende gute Rahmenbedingungen zu bieten», schreibt die Ge-

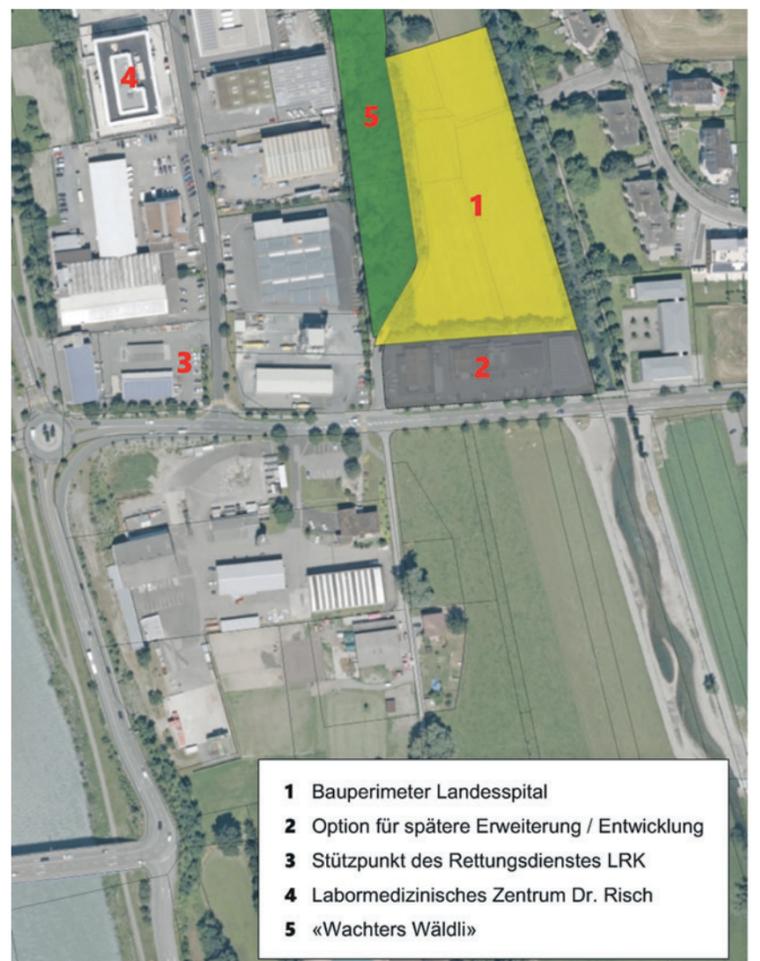
meinde. Gestern hat sie ein neues Areal der Öffentlichkeit vorgestellt, wo ein allfälliger Neubau des Landesspitals (LLS) auf «grüner Wiese» Platz finden könnte: An der Zollstrasse – in unmittelbarer Nachbarschaft zum neuen Stützpunkt des Rettungsdienstes des Liechtensteinischen Roten Kreuzes (LRK), zum «Labormedizinischen Zentrum Dr. Risch» und dem nah gelegenen Autobahnanschluss. «Eine attraktive Lage, die prädestiniert für ein neues Landesspital ist», wie Bürgermeister Ewald Ospelt die Vorteile des Gebiets mit einer Gesamtfläche von rund 12 500 m² zusammenfasst. Das Areal befindet sich bereits in Gemeindebesitz und innerhalb der Bauzone, was weitere Unsicherheiten tilgt. Damit nicht genug: Optional stünden laut Gemeinde mittelfristig mehr als 4000 m² unmittelbar angrenzender, ebenfalls gemeindeeigener Baugrund für allfällige spätere Entwicklungsschritte eines Landesspitals zur Verfügung. Und auch für viel Grün ist gesorgt: «Die Waldfläche «Wachters Wäldli» und der «Wäldli-

weg» begrenzen das Grundstück gegen Westen hin und bilden mit dem Gewässer «Kanal» gegen Osten eine naturnahe Einbettung der Bauparcelle mit optimaler Verkehrsanbindung», so die Gemeinde Vaduz.

Sieben Millionen aus Spitalbaufonds

Der Gemeinderat sei einstimmig bereit mit einem wertgleichen Tausch den überwiegenden Teil dieses 12 500 m² grossen Grundstückes dem Land Liechtenstein für einen Spitalneubau zu überlassen. Zudem befürworte der Stiftungsrat Spitalbaufonds eine Baurechtsvergabe für das Spitalprojekt der restlichen Bauparcelle als Folge eines vorgängigen Grundstücktausesches mit der Gemeinde Vaduz. Zusammen mit dem gestern ebenfalls kommunizierten Investitionskostenanteil aus dem Vaduzer Spitalbaufonds von über sieben Millionen Franken spricht viel dafür, dass sich die Abgeordneten schlussendlich für den Verbleib des Landesspitals in Vaduz aussprechen werden. Behandelt wird die Spitalvorlage der Regierung in zwei Wochen im Landtag. (hm)

Der neue LLS-Standortvorschlag der Gemeinde Vaduz. (Bild: ZVG)



- 1 Bauperimeter Landesspital
- 2 Option für spätere Erweiterung / Entwicklung
- 3 Stützpunkt des Rettungsdienstes LRK
- 4 Labormedizinisches Zentrum Dr. Risch
- 5 «Wachters Wäldli»